



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

42. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 20. Februar 1989

Nummer 9

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
20310	9. 1. 1989	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Durchführung des Gesetzes über einen Bergmannsversorgungsschein für die im Landesdienst beschäftigten Arbeitnehmer	111
20330	6. 1. 1989	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag über die Bewertung der Personalunterkünfte für Angestellte vom 16. März 1974	111
203310	9. 1. 1989	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag über die Bewertung der Personalunterkünfte für Arbeiter vom 16. März 1974	111
21261	18. 1. 1989	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Internationale Impfbescheinigungen über Gelbfieberschutzimpfungen	112
2135	13. 1. 1989	RdErl. d. Innenministers Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Gruppenführer (Brandmeister) und Zugführer (Hauptbrandmeister) der Freiwilligen Feuerwehren	112
2377	17. 1. 1989	RdErl. d. Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Anerkennung von Wohnungen als steuerbegünstigt; Auswirkungen des Steuerreformgesetzes 1990	112
631	12. 1. 1989	RdErl. d. Finanzministers Vorläufige Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung (Vorl. VV - LHO); Zinssatz für Verzugszinsen nach Nr. 4.2 VV zu § 34 LHO	113

Fortsetzung nächste Seite

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Ministerpräsident	
13. 1. 1989	Bek. – Generalkonsulat von Griechenland, Köln	113
18. 1. 1989	Bek. – Honorarkonsulat von Panama, Düsseldorf	113
	Innenminister	
6. 1. 1989	Bek. – Anerkennung von Feuerlöschschläuchen	113
6. 1. 1989	Bek. – Anerkennung von hydraulischen Rettungsgeräten für Feuerwehren	114
6. 1. 1989	Bek. – Anerkennung von Atemschutzgeräten für Feuerwehren	115
6. 1. 1989	Bek. – Anerkennung von Atemschutzgeräten für Feuerwehren	115
6. 1. 1989	Bek. – Anerkennung von Funkgeräten für Feuerwehren	115
12. 1. 1989	Bek. – Zulassung von Feuerlöschmitteln und Feuerlöschgeräten	116
	Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	
24. 1. 1989	Bek. – Planfeststellungsbeschluß	119
	Finanzminister	
12. 1. 1989	RdErl. – Zahlung von Kindergeld an Angehörige des öffentlichen Dienstes	120
	Kassenzahnärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe	
30. 1. 1989	Änderungen der Satzung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe	122
	Hinweise	
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 58 v. 30. 12. 1988	122
	Nr. 1 v. 5. 1. 1989	122
	Nr. 2 v. 27. 1. 1989	122
	Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 12 v. 15. 12. 1988	123
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 1 v. 1. 1. 1989	124

I.

20310

**Durchführung des Gesetzes
über einen Bergmannsversorgungsschein
für die im Landesdienst beschäftigten
Arbeitnehmer**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4000 – 1.9 – IV 1 –
u. d. Innenministers – II A 2 – 8.32 – 4/89 –
v. 9. 1. 1989

Das Bundesarbeitsgericht hat am 7. 6. 1988 zur Auslegung des § 9 Abs. 3 des Gesetzes über einen Bergmannsversorgungsschein im Land Nordrhein-Westfalen entschieden, daß die unter Tage verbrachten Vordienstzeiten bei der Berechnung der Gesamtversorgung nicht in vollem Umfang berücksichtigt werden können. Nummer 2 des Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers v. 15. 2. 1984 – SMBl. NW. 20310 – wird daher um den folgenden Buchstaben g ergänzt:

- g) Die Frage der Anrechnung von unter Tage verbrachten Vordienstzeiten als gesamtversorgungsfähige Zeit bei der Berechnung der Gesamtversorgung hat das Bundesarbeitsgericht (Urteil vom 7. Juni 1988 – 3 AZR 1/87 –) dahingehend entschieden, daß solche Zeiten nicht in vollem Umfang, sondern in Anwendung des § 42 Abs. 2 Buchstabe a der Satzung der VBL zur Hälfte berücksichtigt werden können, soweit es sich gleichzeitig um Zeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung handelt.

– MBl. NW. 1989 S. 111.

20330

**Tarifvertrag
über die Bewertung der Personalunterkünfte
für Angestellte
vom 16. März 1974**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4100 – 6.1 – IV 1 –
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.65 – 1/89 –
v. 6. 1. 1989

Nach § 4 des Tarifvertrages über die Bewertung der Personalunterkünfte für Angestellte vom 16. März 1974, den wir mit dem Gem. RdErl. v. 19. 3. 1974 (SMBl. NW. 20330) bekanntgegeben haben, sind die in § 3 Abs. 1 und Abs. 4 Unterabs. 3 dieses Tarifvertrages genannten Beträge jeweils zu demselben Zeitpunkt und um denselben Vomhundertsatz zu erhöhen oder zu vermindern, um den der aufgrund § 17 Satz 1 Nr. 3 SGB IV in der Sachbezugsverordnung allgemein festgesetzte Wert für Wohnungen mit Heizung und Beleuchtung erhöht oder vermindert wird.

Der maßgebende Bezugswert ist durch die Verordnung zur Änderung der Sachbezugsverordnung 1988 und der Arbeitsentgeltverordnung vom 6. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2208) vom 1. Januar 1989 an von bisher 530,- DM auf 535,- DM monatlich, also um 0,94 v. H., erhöht worden. Um diesen Vomhundertsatz erhöhen sich daher vom 1. Januar 1989 an die in § 3 Abs. 1 und Abs. 4 Unterabs. 3 des Tarifvertrages genannten Beträge.

§ 3 Abs. 1 Unterabs. 1 des Tarifvertrages über die Bewertung der Personalunterkünfte ist daher vom 1. Januar 1989 an in folgender Fassung anzuwenden:

(1) Der Wert der Personalunterkünfte wird wie folgt festgelegt:

Wertklasse	Personalunterkünfte	DM je qm Nutzfläche monatlich
1	ohne ausreichende Gemeinschaftseinrichtung	8,27
2	mit ausreichenden Gemeinschaftseinrichtungen	9,15
3	mit eigenem Bad oder Dusche	10,46
4	mit eigener Toilette und Bad oder Dusche	11,63
5	mit eigener Kochnische, Toilette und Bad oder Dusche	12,42

An die Stelle des Betrages von 4,90 DM in § 3 Abs. 4 Unterabsatz 3 des Tarifvertrages tritt der Betrag von 4,95 DM.

– MBl. NW. 1989 S. 111.

203310

**Tarifvertrag
über die Bewertung der Personalunterkünfte
für Arbeiter
vom 16. März 1974**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4200 – 6.1 – IV 1 –
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.65 – 1/89 –
v. 9. 1. 1989

Nach § 4 des Tarifvertrages über die Bewertung der Personalunterkünfte für Arbeiter vom 16. März 1974, den wir mit dem Gem. RdErl. v. 19. 3. 1974 (SMBl. NW. 203310) bekanntgegeben haben, sind die in § 3 Abs. 1 und Abs. 4 Unterabs. 3 dieses Tarifvertrages genannten Beträge jeweils zu demselben Zeitpunkt und um denselben Vomhundertsatz zu erhöhen oder zu vermindern, um den der aufgrund § 17 Satz 1 Nr. 3 SGB IV in der Sachbezugsverordnung allgemein festgesetzte Wert für Wohnungen mit Heizung und Beleuchtung erhöht oder vermindert wird.

Der maßgebende Bezugswert ist durch die Verordnung zur Änderung der Sachbezugsverordnung 1988 und der Arbeitsentgeltverordnung vom 6. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2208) vom 1. Januar 1989 an von bisher 530,- DM auf 535,- DM monatlich, also um 0,94 v. H., erhöht worden. Um diesen Vomhundertsatz erhöhen sich daher vom 1. Januar 1989 an die in § 3 Abs. 1 und Abs. 4 Unterabs. 3 des Tarifvertrages genannten Beträge.

§ 3 Abs. 1 Unterabs. 1 des Tarifvertrages über die Bewertung der Personalunterkünfte ist daher vom 1. Januar 1989 an in folgender Fassung anzuwenden:

(1) Der Wert der Personalunterkünfte wird wie folgt festgelegt:

Wertklasse	Personalunterkünfte	DM je qm Nutzfläche monatlich
1	ohne ausreichende Gemeinschaftseinrichtung	8,27
2	mit ausreichenden Gemeinschaftseinrichtungen	9,15
3	mit eigenem Bad oder Dusche	10,46
4	mit eigener Toilette und Bad oder Dusche	11,63
5	mit eigener Kochnische, Toilette und Bad oder Dusche	12,42

An die Stelle des Betrages von 4,90 DM in § 3 Abs. 4 Unterabsatz 3 des Tarifvertrages tritt der Betrag von 4,95 DM.

– MBl. NW. 1989 S. 111.

21261

Internationale Impfbescheinigungen über Gelbfieberschutzimpfungen

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 18. 1. 1989 - V B 2 - 0202.414

In Nummer 1 meines RdErl. v. 29. 10. 1984 (SMBl. NW. 21261) wird die lfd. Nr. 9 wie folgt gefaßt:

9. Wuppertal-Barmen: Dr. W. Kollert
Höhne 79

- MBl. NW. 1989 S. 112.

2135

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Gruppenführer (Brandmeister) und Zugführer (Hauptbrandmeister) der Freiwilligen Feuerwehren

RdErl. d. Innenministers v. 13. 1. 1989 -
II D 4 - 4.382 - 4

Mein RdErl. v. 30. 7. 1984 (SMBl. NW. 2135) wird wie folgt geändert:

Ziffer 3.2

Der dritte Absatz wird wie folgt neu gefaßt:

Die Vertreter der Freiwilligen Feuerwehren müssen mindestens den Dienstrang eines Hauptbrandmeisters haben. Der Beamte des feuerwehrtechnischen Dienstes muß dem gehobenen oder dem höheren Dienst angehören.

Die Beisitzer und die erforderlichen Stellvertreter werden von der Landesfeuerwehrschule für vier Jahre berufen; zu Stellvertretern können auch Beamte der Landesfeuerwehrschule bestellt werden. Als Stellvertreter eines Beisitzers kann ein Angehöriger der Werkfeuerwehren berufen werden.

Bei kurzfristigem Ausfall eines Mitgliedes des Prüfungsausschusses kann dieses durch einen Bediensteten der Landesfeuerwehrschule, der als stellvertretendes Mitglied berufen worden ist, vertreten werden.

Ziffer 3.3.2

Der Absatz nach der Aufführung der einzelnen Noten mit Erläuterungen fällt weg.

In den beiden letzten Absätzen wird die Zahl „12“ durch „13“ ersetzt.

- MBl. NW. 1989 S. 112.

2377

Anerkennung von Wohnungen als steuerbegünstigt Auswirkungen des Steuerreformgesetzes 1990

RdErl. d. Ministers für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr v. 17. 1. 1989 -
IV C 2. 1332 - 1342/88

Durch Artikel 22 Abs. 1 Nr. 7 des Steuerreformgesetzes 1990 sind die in § 82 Abs. 1 Satz 1 II. WoBauG genannten Voraussetzungen für die Anerkennung von Wohnraum als steuerbegünstigt geändert worden, daß zusätzliche Anerkennungsvoraussetzung die Bezugsfertigkeit noch vor dem 1. Januar 1990 ist.

1. Noch nicht fertiggestellte Wohnungen müssen auf Antrag als steuerbegünstigt anerkannt werden, wenn z.Z. der Antragstellung nicht auszuschließen ist, daß die Bezugsfertigstellung bis zum 31. 12. 1989 erfolgt. Die Anerkennung kann abgelehnt werden, wenn feststeht, daß die Wohnung bis zu dem Zeitpunkt nicht mehr fertiggestellt werden kann.
2. Die Bezugsfertigkeit zum 31. 12. 1989 ist gegeben, wenn die Wohnung zu diesem Zeitpunkt soweit fertiggestellt

ist, daß dem zukünftigen Bewohner zugemutet werden kann, sie zu beziehen (§ 13 Abs. 4 WoBindG). Sie ist anzunehmen, wenn die Bauaufsichtsbehörde vor dem 31. 12. 1989 die Genehmigung zum Bezug ausgestellt hat. Im übrigen hat der Bauherr sie glaubhaft zu machen, z. B. durch eine Bestätigung des Architekten.

3. Für den Fall, daß ein Anerkennungsbescheid vor dem 1. 1. 1990 ohne Nebenbestimmung erlassen worden ist, die Wohnung jedoch nicht vor dem 1. 1. 1990 bezugsfertig geworden ist, kann der Anerkennungsbescheid weder widerrufen noch zurückgenommen werden.
4. Nur durch eine Nebenbestimmung i.S. des § 36 VwVfG läßt sich sicherstellen, daß die gesetzliche Voraussetzung der Anerkennung, nämlich die Bezugsfertigkeit vor dem 1. 1. 1990, auch tatsächlich vorliegt.

Ab sofort sind deshalb bei Anträgen vor Baubeginn oder bei im Bau befindlichen Wohnungen alle Anerkennungen von Wohnraum als steuerbegünstigt mit einer entsprechenden Nebenbestimmung zu versehen.

Als mögliche Nebenbestimmung der Anerkennung kommen in Betracht:

- a) Auflage: Der Bauherr hat innerhalb festzulegender Frist die Bezugsfertigkeit der Wohnung zum 31. 12. 1989 anzuzeigen und glaubhaft zu machen. Bei Nichtbeachtung der Auflage ist der Anerkennungsbescheid mit Wirkung zum 1. 1. 1990 zu widerrufen.
- b) Widerrufsvorbehalt: Der Widerruf der Anerkennung wird für den Fall vorbehalten, daß der Bauherr nicht innerhalb festzulegender Frist die Bezugsfertigkeit zum 31. Dezember 1989 angezeigt und glaubhaft gemacht hat.
- c) Auflösende Bedingung: Der Anerkennungsbescheid wird mit Wirkung vom 1. 1. 1990 unwirksam, wenn die Wohnung nicht bis zum 31. 12. 1989 bezugsfertig geworden ist.
- d) Befristung: Die Anerkennung wird zunächst nur mit der Befristung bis zum 31. 12. 1989 erteilt, jedoch mit der Zusage, eine endgültige Anerkennung auszustellen, wenn der Nachweis geführt wird, daß die Wohnung bis zum 31. 12. 1989 bezugsfertig hergestellt worden ist.

In allen Fällen hat somit der Bauherr durch einen der unter Nummer 2 genannten Nachweise die Bezugsfertigkeit vor dem 1. 1. 1990 glaubhaft zu machen. Die Auflage ist in Buchstabe E des Bescheides (Muster gemäß Anlage 3 des RdErl. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung v. 16. 9. 1983) zu ergänzen; Widerrufsvorbehalt, Bedingung und Befristung können in Buchstabe C aufgenommen werden.

5. Bei allen Bescheiden, die Nebenbestimmungen enthalten, hat die Anerkennungsbehörde nach dem 1. 1. 1990 einen weiteren Bescheid zu erteilen, um entweder eine endgültige Anerkennung auszusprechen oder zu bestätigen, daß die Auflage erfüllt, vom Widerrufsvorbehalt kein Gebrauch gemacht worden oder die auflösende Bedingung nicht eingetreten ist. Auch dieser Bescheid ist gemäß § 93 Abs. 2 II. WoBauG in tatsächlicher und schriftlicher Hinsicht für Finanzbehörden und -gerichte verbindlich.
6. Soweit die als steuerbegünstigt anerkannten Wohnungen nicht vor dem 1. 1. 1990 bezugsfertig werden, bleibt nach den vorstehend formulierten Nebenbestimmungen die Beitragsfreiheit in der Unfallversicherung gemäß § 539 Abs. 1 Nr. 15 RVO für Selbsthilfeleistungen bei der Errichtung der anerkannten Wohnung lediglich bis zum 31. 12. 1989 erhalten. Eine Fortführung der Unfallversicherung setzt einen Antrag des Bauherrn voraus, der nicht mit Rückwirkung gestellt werden kann. Sofern eine Lücke in der Unfallversicherung vermieden werden soll, ist es somit geboten, daß spätestens im Dezember 1989 die Unfallversicherung für die weiteren Bauarbeiten ab 1. 1. 1990 beantragt wird. Die Bauherren sind hierauf im Anerkennungsbescheid hinzuweisen (Buchstabe F der Anlage 3 des RdErl. d. Ministers für Landes- und Stadtentwicklung v. 16. 9. 1983 - SMBl. NW. 2377 -).

- MBl. NW. 1989 S. 112.

631

**Vorläufige Verwaltungsvorschriften
zur Landeshaushaltsordnung (Vorl. VV – LHO)
Zinssatz für Verzugszinsen nach Nr. 4.2 VV
zu § 34 LHO**

RdErl. d. Finanzministers v. 12. 1. 1989 –
I D 5 – 0034 – 6

Mein RdErl. v. 11. 2. 1977 (SMBL. NW. 631) wird wie folgt
ergänzt:

1988 auf 6,2 v. H.

Die im Laufe des Jahres 1988 auf Anfrage bekanntgege-
benen Vomhundertsätze bleiben unberührt.

– MBL. NW. 1989 S. 113.

II.

Ministerpräsident

Generalkonsulat von Griechenland, Köln

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 13. 1. 1989 –
II C 4 – 416 – 5/88

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter des General-
konsulats von Griechenland in Köln ernannten Herrn
Panayotis Caracassis am 29. 12. 1989 das Exequatur als
Generalkonsul erteilt. Der Konsularbezirk umfaßt den
Regierungsbezirk Köln.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Georgios
Stephanos Moschonas, am 14. 9. 1983 erteilte Exequatur ist
erloschen.

– MBL. NW. 1989 S. 113.

Honorarkonsulat von Panama, Düsseldorf

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 18. 1. 1989 –
II C 4 – 441 – 1/58

Die Bundesregierung hat der Ausdehnung des Konsu-
larbezirks des Honorarkonsuls der Republik Panama in
Düsseldorf, Herrn Josef Fieger, zugestimmt.

Das am 26. 4. 1958 erteilte Exequatur wurde somit auf
das Land Nordrhein-Westfalen erweitert.

– MBL. NW. 1989 S. 113.

Innenminister

**Anerkennung
von Feuerlöschschläuchen**

Bek. d. Innenministers v. 6. 1. 1989 –
II D 4 – 4424

Anlage Die „Zentralprüfstelle für Feuerlöschschläuche bei der Niedersächsischen Landesfeuerweherschule in Celle“ hat die in
der Anlage aufgeführten Feuerlöschschläuche geprüft; die Prüfergebnisse entsprechen den Bedingungen der Normblät-
ter DIN 14811 (Druckschläuche).

Der Niedersächsische Minister des Innern hat die Feuerlöschschläuche daraufhin lt. Bek. v. 29. 9. 1988 (Nds. MBL. Nr.
33/1988 S. 935) als normgerecht anerkannt.

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und
Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten – RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (MBL. NW. S. 2260/
SMBL. NW. 2134) – werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

Anlage

II. Druckschläuche nach DIN 14811

Lfd. Nr.	Hersteller	Prüf-Nr.	Hersteller-/Firmen- bezeichnung/-zeichen	Kurz- zeichen
24.	Markus Parsch 4530 Ibbenbüren	8 750 88	„Vollsynthetic P 2F“	D
		8 751 88	„Vollsynthetic P 2F“	C42
		8 752 88	„Vollsynthetic P 2F“	C52
		8 753 88	„Vollsynthetic P 2F“	B
		8 754 88-1	„Vollsynthetic P 3F rot“	C42
		8 755 88-1	„Vollsynthetic P 3F rot“	C52
		8 756 88	„Vollsynthetic P 3F“	C52
		8 757 88	„Vollsynthetic P 3F“	B

– MBL. NW. 1989 S. 113.

Anerkennung von hydraulischen Rettungsgeräten für Feuerwehren

Bek. d. Innenministers v. 6. 1. 1989 –
II D 4 – 4.424 – 8

Die Prüfstelle für Feuerwehrgeräte beim Technischen Überwachungs-Verein Stuttgart e.V. hat den nachstehend aufgeführten hydraulischen Rettungsgeräten nach vorhergegangener Typprüfung eine Prüfnummer erteilt.

Lfd. Nr.	Datum Hersteller	Hersteller-bezeichnung	Arbeits-druck	Prüfnummer
	21. 11. 1988			
1	Emil Weber GmbH & Co. Fabrik für Ölhydraulik Postfach 10 7129 Güglingen	Spreizer DIN 14751 – SP 30 SP 30 LS 59605.1	630 bar	SP 16–88 TP 18
2	– dito –	Schneidgerät DIN 14751 – S 90 17327.4	630 bar	S 14–88 TP 18
3	b. v. Holmatro Industrial Equipment p. o. box 33 NL-4940 aa raamsdonksveer	Schneidgerät DIN 14751 – S 90 2001 U	630 bar	S 13–88 TP 18
4	– dito –	Spreizer DIN 14751 – SP 30 2007 U	630 bar	SP 15–88 TP 18
5	FAG-Kugelfischer Georg Schäfer KG a.A. Postfach 1860 8520 Erlangen	Spreizer DIN 14751 – SP 45 LSP 80	630 bar	SP 14–88 TP 18
	19. 12. 1988			
6	Hale Fire Pumpe Company Conshocken USA bzw. des Generalimporteure für Europa Hale Hurst GmbH Postfach 110733 6100 Darmstadt	Spreizer DIN 14751 – SP 45 JL-32 B	350 bar	SP 17–88 TP 18
	22. 12. 1988			
7	– dito –	Schneidgerät DIN 14751 – S 90 JL 90	350 bar	S 15–88 TP 18
8	– dito –	Schneidgerät DIN 14751 – S 150 JL 150	350 bar	S 16–88 TP 18

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten – RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (MBl. NW. S. 2260/SMBL. NW. 2134) – werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

– MBl. NW. 1989 S. 114.

Anerkennung von Atemschutzgeräten für Feuerwehren

Bek. d. Innenministers v. 6. 1. 1989 –
II D 4 – 4.428 – 22

Laut Prüfbescheinigung Nr. 2/88 TG vom 5. 9. 1988 der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen, Essen, entspricht das nachstehend näher bezeichnete Atemschutzgerät den Anforderungen der DIN 58640 Teil 10.

Kennzeichnung

Bezeichnung des geprüften Erzeugnisses:	Leichttauchgerät in Überdruckausführung mit integrierter Vollmaske
Verwendungszweck:	Taucheinsätze bei den Feuerwehren
DIN-Bezeichnung:	Tauchgerät DIN 58640 – Vu 2800 F
Firmenseitige Bezeichnung:	DIVATOR MKII F
Hersteller:	Interspiro GmbH, 7529 Forst/Baden

Auf die Anerkennung der Dräger-Preßluftatmer PA 38/1600, PA 38/2800 und PA 38/3600 wurde durch Bek. d. Innenministers v. 22. 7. 1970 (MBI. NW. S. 1234), v. 15. 7. 1971 (MBI. NW. S. 1339) bzw. v. 7. 4. 1975 (MBI. NW. S. 875) hingewiesen.

An den Lungenautomaten dieser Preßluftatmer werden folgende Änderungen anerkannt:

- Festlegung der Härte für das Membran-Ventil auf 55 Shore A und
- Festlegung des Ring-Innendurchmessers auf 50 mm zur Erhöhung des Anpreßdruckes des Membran-Ventils (Ausatemventil).

Aufgrund der Prüfergebnisse wird die Einführung dieser Änderungen befürwortet.

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten – RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (MBI. NW. S. 2260/SMBI. NW. 2134) – werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

– MBI. NW. 1989 S. 115.

Anerkennung von Atemschutzgeräten für Feuerwehren

Bek. d. Innenministers v. 6. 1. 1989 –
II D 4 – 4.428 – 21

Laut Prüfbescheinigung Nr. 1/88 AG vom 9. 5. 1988 der Hauptstelle für das Grubenrettungswesen, Essen, entspricht das nachstehend näher bezeichnete Atemschutzgerät den Anforderungen der DIN 58645 Teil 10.

Kennzeichnung

Bezeichnung des geprüften Erzeugnisses:	Behältergerät mit Druckluft (Preßluftatmer) mit Gewindeanschluß DIN 3183 – PAA
Verwendungszweck:	Brandbekämpfung und Hilfeleistung bei den Feuerwehren
DIN-Bezeichnung:	Preßluftatmer DIN 58645 – F
Firmenseitige Bezeichnung:	PA 80/1800-1-AE
Hersteller:	Drägerwerk AG Postfach 1339 2400 Lübeck 1

Auf die Anerkennung des Dräger-Behältergerätes mit Druckluft, Modell PA 80 AE/1800-1, wurde mit Bek. v. 22. 4. 1986 (MBI. NW. S. 647) und mit Bek. v. 20. 10. 1986 (MBI. NW. S. 1677) hingewiesen.

An dem Lungenautomaten dieses Preßluftatmers werden folgende Änderungen anerkannt:

- Das Luftleitblech R 52347 ist zum Geräteanschlußstück hin gewinkelt.
- Die Krümmung des Hebels R 52359 ist im Bereich der Abrollkurve flacher ausgeführt.

Aufgrund der Prüfungsergebnisse bestehen gegen die Verwendung des geänderten Lungenautomaten keine Bedenken.

Auf die Anerkennung der Auer-Behältergeräte mit Druckluft, Modell BD 83 und Modell BD 88, wurde mit Bek. v. 27. 8. 1985 (MBI. NW. S. 1343) bzw. mit Bek. v. 13. 4. 1987 (MBI. NW. S. 613) hingewiesen.

An diesen Preßluftatmern bestehen gegen folgende geänderten Bauteile keine Bedenken:

- Ersatz der bisher verwendeten Kupplung der Mitteldruckleitung der Firma Walther durch eine Kupplung der Firma CEJN

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten – RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (MBI. NW. S. 2260/SMBI. NW. 2134) – werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

– MBI. NW. 1989 S. 115.

Anerkennung von Funkgeräten für Feuerwehren

Bek. d. Innenministers v. 6. 1. 1989 –
II D 4 – 4.429 – 71

10. 10. 1988

1. Das FuG 8b-2 der Fa. Heinrich Pfitzner GmbH, Edisonstraße 13, 6000 Frankfurt 60, ist von der Zentralprüfstelle für Funkgeräte des Landes Baden-Württemberg bei der Landesfeuerweherschule in Bruchsal geprüft worden. Es entspricht der Technischen Richtlinie BOS für Funkgeräte 8 a/b/c Stand März 1985.

Das Gerät hat die Serienprüfnummer FuG 8b-2 01/88.

2. Das FuG 8c der Fa. Heinrich Pfitzner GmbH, Edisonstraße 13, 6000 Frankfurt 60, ist von der Zentralprüfstelle für Funkgeräte des Landes Baden-Württemberg bei der Landesfeuerweherschule in Bruchsal geprüft worden. Es entspricht der Technischen Richtlinie für Funkgeräte 8 a/b/c Stand März 1985.

Das Gerät hat die Serienprüfnummer FuG 8c 01/88.

18. 11. 1988

3. Der Taschenmeldeempfänger (MEI) Typ FME 86 DBP-Nr. A 400210 UEE der Firma Robert Bosch GmbH, Forckenbeckstraße 9–13, 1000 Berlin 33, ist von der Zentralprüfstelle für Funkgeräte des Landes Baden-Württemberg bei der Landesfeuerweherschule in Bruchsal geprüft worden. Er entspricht den im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg 1975, S. 1070, bekanntgemachten Baurichtlinien für Alarmgeber und Meldeempfänger des Brand- und Katastrophenschutzes sowie des Rettungswesens.

Das Gerät hat die Serienprüfnummer MEI 29/87.

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung zwischen den Ländern der Bundesrepublik Deutschland über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten – RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (MBI. NW. S. 2260/SMBI. NW. 2134) – werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

– MBI. NW. 1989 S. 115.

Zulassung von Feuerlöschmitteln und Feuerlöschgeräten

Bek. d. Innenministers v. 12. 1. 1989 -
II D 4 - 4.426 - 21

Anlage 1 Aufgrund der Ordnungsbehördlichen Verordnung über Feuerlöschmittel und Feuerlöschgeräte vom 28. Dezember 1984 (GV. NW. 1985 S. 44/SGV. NW. 2061) und in Ergänzung meiner Bek. v. 11. 8. 1987 (MBl. NW. S. 1429) habe ich nach Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen auf Vorschlag der Amtlichen Prüfstelle für Feuerlöschmittel und -geräte in Münster die in der Anlage 1 aufgeführten Feuerlöschmittel und Feuerlöschgeräte für die Herstellung und den Vertrieb innerhalb der Bundesrepublik neu zugelassen.

Die nachstehend aufgeführte Zulassung, die seinerzeit der Firma REPA-Feinstanzwerk GmbH erteilt wurde, wird gemäß § 6 der „Ordnungsbehördlichen Verordnung über Feuerlöschmittel und Feuerlöschgeräte“ vom 28. Dezember 1984 (GV. NW. 1985 S. 44) auf die Firma Bavaria-Feuerlöschapparatebau GmbH & Co. KG, Klingenhofstraße 51, 8500 Nürnberg 10, umgeschrieben.

Hersteller- Typbezeichnung	Bauart- Kurzzeichen	Zulassungs-Kenn- Nummer
REPHALON	HA2L	P 1 - 160/79

Nach § 10 der Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung und Anerkennung von Feuerlöschmitteln und Feuerwehrgeräten - RdErl. d. Innenministers v. 2. 12. 1981 (MBl. NW. S. 2260/SMBI. NW. 2134) - werden diese Feststellungen von den vertragschließenden Ländern anerkannt.

Zugelassene Feuerlöschgeräte müssen zum Vertrieb im Inland mit dem vorgeschriebenen Zulassungsvermerk versehen sein.

Anlage 1

Zulassungen

Lfd. Nr.	Datum/ Hersteller	Feuerlöschgeräte Feuerlöschmittel a) Herst.-Typbezeichnung b) Bauart-Kurzzeichen	Zulassungs- Kenn-Nummer	Zugelassen für Brandklasse
9. 9. 1987				
1	METERIN Brandschutzmittel Erzeugungs- und Handels- gesellschaft GmbH & Co. KG Linzer Straße 22 A-4070 Eferding/Österreich	„meterin“ DIN-Feuerlöscher 10 l Wasser a) METERIN b) W10L-0	P 1 - 5/87	A
2	- dito -	Feuerlöschmittel „meterin“ - wässrige Lösung - a) „meterin“	PL - 12/87	A
16. 10. 1987				
3	GLORIA-WERKE H. Schulte-Frankenfeld GmbH & Co. 4724 Wadersloh/W.	„GLORIA“ Feuerlöschgerät mit 250 kg Halon DIN 14270-1211 a) HAC250 oder HAR250 b) HA250L	P 3 - 1/87	BC
19. 10. 1987				
4	ERICH RÜHL Chemische Fabrik und Chemikalien-Großhandel Hugenottenstraße 105 6382 Friedrichsdorf/Ts.	ABC-Löschpulver „ABC Favorit Tertia“ a) ABC Favorit Tertia	PL - 17/87	ABC
5	Schulte-Frankenfeld GmbH 4724 Wadersloh/W.	„Adler“ DIN-Feuerlöscher 6 kg ABC-Pulver a) PD6G b) PG6L	P 1 - 1/87	ABC
6	- dito -	„Adler“ DIN-Feuerlöscher 12 kg ABC-Pulver a) PD12G b) PG12L	P 1 - 2/87	ABC
26. 11. 1987				
7	GLORIA-WERKE H. Schulte-Frankenfeld GmbH & Co. 4724 Wadersloh/W.	„GLORIA“-Feuerlöschgerät mit 50 kg Halon a) HAC50; in Kombination CC50 b) HA50L	P 3 - 3/87	BC
8	- dito -	„GLORIA“-Feuerlöschgerät mit 50 kg ABC-Pulver a) PC50G bzw. PC50GX; in Kombination CC50 b) PG50L	P 3 - 4/87	ABC
9	- dito -	„GLORIA“-Feuerlöschgerät mit 50 kg BC-Pulver a) PC50SV; in Kombination CC50 b) P50L	P 3 - 5/87	BC
10	- dito -	„GLORIA“-Feuerlöschgerät mit 50 l Schaummittellösung a) LWC50; in Kombination CC50 b) S50L-0	P 3 - 6/87	AB
8. 12. 1987				
11	MINIMAX GmbH Industriestraße 10-12 2060 Bad Oldesloe	„MINIMAX“ DIN-Feuerlöscher 2 kg Halon 1211 a) HN2s b) HA2L	P 1 - 7/87	BC
1. 2. 1988				
12	Feuerschutz Emil Jockel Jägerwald 30 5630 Remscheid 11	„Jockel“ DIN-Feuerlöscher 10 l Wasser a) W10J b) W10L-30	P 1 - 6/87	A

Lfd. Nr.	Datum/ Hersteller	Feuerlöschgeräte Feuerlöschmittel a) Herst.-Typbezeichnung b) Bauart-Kurzzeichen	Zulassungs- Kenn-Nummer	Zugelassen für Brandklasse
19. 4. 1988				
13	John Kerr & Co. (M/C) Ltd. Ashcroft Road Knowsley Industrial Park Kirkby, Liverpool L 33 7 TS Einführer Klaus Eiland Bolksbuscher Straße 89 4050 Mönchengladbach 2	ABC-Löschpulver „CENTRIMAX“ ABC 40 E“ a) CENTRIMAX ABC 40 E	PL - 1/88	ABC
18. 5. 1988				
14	DÖKA Feuerlöschgerätebau GmbH Antonius-Raab-Straße 6 Industriepark Waldau 3500 Kassel	„DÖKA“ DIN-Feuerlöscher 10 l Wasser a) W10f b) W10H-30	P 1 - 3/87	A
15	- dito -	„DÖKA“ DIN-Feuerlöscher 10 l Wasser a) W10 b) W10H-0	P 1 - 4/87	A
16	Feuerschutz Emil Jockel Jägerwald 30 5630 Remscheid 11	Von Hand fahrbarer „Jockel“ Feuerlöscher mit 50 kg Halon DIN 14270-1211 a) H50J b) HA50L	P 3 - 1/88	BC
10. 6. 1988				
17	Feuerschutz Emil Jockel Jägerwald 30 5630 Remscheid 11	„Jockel“ DIN-Feuerlöscher 6 kg ABC-Pulver a) P6GJ b) PG6H	P 1 - 25/88	ABC
18	- dito -	„JOCKEL“ DIN-Feuerlöscher 12 kg ABC-Pulver a) P12GJ b) PG12H	P 1 - 26/88	ABC
14. 6. 1988				
19	BAVARIA Feuerlösch- Apparatebau GmbH & Co. KG Klingenhofstraße 51 8500 Nürnberg 10	„BAVARIA“ DIN-Feuerlöscher 4 kg Halon 1211 a) HAL4D b) HA4L	P 1 - 17/88	BC
24. 10. 1988				
20	TOTAL WALTHER Feuerschutz GmbH 6802 Ladenburg	„TOTAL WALTHER“ DIN-Feuerlöscher 6 kg ABC-Pulver a) GD6 b) PG6L	P 1 - 7/88	ABC
21	- dito -	„TOTAL WALTHER“ DIN-Feuerlöscher 12 kg ABC-Pulver a) GD12 b) PG12L	P 1 - 8/88	ABC
22	Interbrandschutz GmbH Ausschläger Billdeich 32 2000 Hamburg 28	„Interbrandschutz“ DIN-Feuerlöscher 6 kg ABC-Pulver a) GD6 b) PG6L	P 1 - 9/88	ABC
23	- dito -	„Interbrandschutz“ DIN-Feuerlöscher 12 kg ABC-Pulver a) GD12 b) PG12L	P 1 - 10/88	ABC

Lfd. Nr.	Datum/ Hersteller	Feuerlöschgeräte Feuerlöschmittel a) Herst.-Typbezeichnung b) Bauart-Kurzzeichen	Zulassungs- Kenn-Nummer	Zugelassen für Brandklasse
24	COSMOS Feuerlöschgerätebau GmbH Industriestraße 6802 Ladenburg	„COSMOS“ DIN-Feuerlöscher 6 kg ABC-Pulver a) GD6 b) PG6L	P 1 – 11/88	ABC
25	– dito –	„COSMOS“ DIN-Feuerlöscher 12 kg ABC-Pulver a) GD12 b) PG12L	P 1 – 12/88	ABC
6. 12. 1988				
26	Hoechst AG 6230 Frankfurt am Main 80	Schaummittel „EXPYROL A3F 3%“ a) EXPYROL A3F 3%	PL – 7/87	AB
27	– dito –	Schaummittel „EXPYROL A3F 6%“ a) EXPYROL A3F 6%	PL – 8/87	AB

– MBl. NW. 1989 S. 116.

Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Planfeststellungsbeschuß

Bek. d. Ministers für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr
v. 24. 1. 1989 – III C 3-32-03/687

Planfeststellung für

den Neubau und Ausbau der B 51 (Umgehungsstraße Münster) ab Kreuzungsbereich Umgehungsstraße/Weseler Straße bis einschließlich der Kreuzung mit der Bahnstrecke Münster-Beckum der Westfälischen Landes-Eisenbahn (von km 0+892 bis km 3+830)

- mit den Anschlußstellen an der B 54 (Hammer Straße) und der Robert-Bosch-Straße und für den Ausbau der Hammer Straße (von km 5+057 bis km 5+204) und der Robert-Bosch-Straße (von km 22+018 bis km 22+300)
- einschließlich einer Verbreiterung des Brückenbauwerkes über die L 844 (Kappenberger Damm)
- einer Fuß- und Radwegeunterführung zwischen den Straßen „Glatzer Weg“ und „Kleibach“
- einer Fuß- und Radwegeüberführung in Höhe der Saarbrücker Straße
- einer Verlegung der Fuß- und Radwegeüberführung in Höhe der Elsässer Straße und der Werlandstraße
- einer Fuß- und Radwegeüberführung in Höhe der Spichernstraße
- der Abbindung der Fritz-Pütter-Straße
- der Ausgleichsmaßnahmen in der Gemarkung Nienberge, Flur 83 und 24
- den mit dem Bauvorhaben im Zusammenhang stehenden Anpassungsmaßnahmen an weiteren kreuzenden Wegen und Gewässern sowie sonstigen Anlagen Dritter im Stadtgebiet Münster, Gemarkung Münster, Flur 178, 179, 183, 184, 185, 197, 198, 199, 200, 201 und 213

Mit Planfeststellungsbeschuß vom 12. Januar 1989 – Az. III C 3-32-03/687 – habe ich den Plan für die o.a. Baumaßnahmen gemäß §§ 17 bis 18e des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1974 (BGBl. I S. 2413), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2669), festgestellt.

In Abschnitt 4 des Beschlusses sind dem Träger der Straßenbaulast Auflagen und Verpflichtungen erteilt worden.

In dem Planfeststellungsbeschuß ist über alle vorgetragenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden, soweit nicht im Einzelfalle Entscheidungen vorbehalten worden sind. Der Beschuß liegt mit je einer Ausfertigung des festgestellten Planes in der

Stadt Münster: bei der Stadtverwaltung Münster, Vermessungs- und Katasteramt, Stadthaus I, Klemensstraße, Zimmer 669

während der Dienststunden und im

Straßenneubauamt Münster, Zimmer 154, Königsstraße 46, 4400 Münster

montags bis freitags von 8 bis 16 Uhr

in der Zeit vom 1. März 1989
bis 15. März 1989

zu jedermanns Einsicht aus.

Der Beschuß gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist allen Betroffenen und denjenigen gegenüber, die Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

Der Planfeststellungsbeschuß kann bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Betroffenen und denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich beim Straßenneubauamt Münster, Königsstraße 46, 4400 Münster, angefordert werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschuß kann innerhalb eines Monats seit Zustellung Klage beim Verwaltungsgericht Münster, Piusallee 38, 4400 Münster, erhoben werden.

Die Klage ist schriftlich zu erheben. Sie kann auch bei dem Verwaltungsgericht zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erklärt werden. Wird die Klage schriftlich erhoben, so sollen ihr Abschriften (zwei) beigefügt werden.

Falls die Frist durch das Verschulden eines Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden dem Kläger zugerechnet werden.

– MBl. NW. 1989 S. 119.

Finanzminister**Zahlung von Kindergeld
an Angehörige des öffentlichen Dienstes**

RdErl. d. Finanzministers v. 12. 1. 1989 -
B 2106 - 2 - IV A 2

Mit Gem. RdSchr. v. 19. 12. 1988 haben der BMJFFG und der BMI im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung erneut Änderungen und Ergänzungen der Durchführungshinweise zum BKGG mitgeteilt. Dabei handelt es sich insbesondere um die Änderung des Unterhaltsgeldsatzes nach § 44 Abs. 2 AFG, um Hinweise zu § 11a BKGG (Kindergeldzuschlag) und § 17 BKGG (Verfahren) sowie um die Behandlung der Kindergeldfälle von spanischen oder portugiesischen Arbeitnehmern mit Kindern im Heimatland.

Das Rundschreiben wird nachfolgend mit der Bitte um Beachtung bekanntgegeben.

I.**Änderung und Ergänzung des Runderlasses 375/74
der Bundesanstalt für Arbeit**

- Die in dem Hinweis des BMJFFG/BMI zu Nr. 2.272 abgedruckte Tabelle über die Leistungssätze des Unterhaltsgeldes nach § 44 Abs. 2 AFG (Fassung gem. Abschnitt A Nr. 3 des Rundschreibens vom 16. 5. 1986, zuletzt geändert durch Abschnitt I Nr. 4 des Rundschreibens vom 4. 12. 1987) wird für die Zeit ab 1. Januar 1989 wie folgt geändert:

In der Spalte „Unterhaltsgeld nach § 44 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 AFG“ wird bei „Leistungsgruppe E“ die Zahl „360“ geändert in „370“.

- Die Hinweise des BMJFFG/BMI zur Durchführung des § 11a BKGG [vgl. Abschnitt A unseres Rundschreibens vom 4. 3. 1987*)] werden wie folgt geändert:

Der Nummer 4.1 wird (nach dem Beispiel) folgender Absatz angefügt:

Verlangt ein Antragsteller, der nach dem ihm erteilten Steuerbescheid keine Steuer zu zahlen hat, die Berücksichtigung eines zu versteuernden Einkommens, das geringer ist als das im Steuerbescheid festgestellte, und beruft er sich dazu darauf, daß Umstände, die zu einer geringeren Festsetzung des zu versteuernden Einkommens geführt hätten, von ihm nicht in das Besteuerungsverfahren eingeführt oder vom Finanzamt mangels steuerrechtlicher Erheblichkeit nicht näher geprüft worden seien, ist dem Antrag auch ohne förmliche Änderung des Steuerbescheides stattzugeben, wenn und soweit die genannten Umstände vom Finanzamt in einer besonderen Bescheinigung als tatsächlich bestehend und steuerrechtlich abziehbar anerkannt worden sind. Die Bearbeitung einschlägiger Fälle ist zurückzustellen, bis wir den - noch mit dem Bundesminister der Finanzen abzustimmenden - Bescheinigungs-Vordruck übersandt haben.

- Die Hinweise des BMJFFG/BMI zu Nr. 17.2 - Hinweise zum Verfahren bei der Durchführung des § 10 Abs. 2 und des § 11 BKGG - (Fassung gem. Abschnitt I Nr. 3 des Rundschreibens vom 12. 8. 1983**), zuletzt geändert durch Abschnitt II Nr. 7 des Rundschreibens vom 7. 5. 1984***) werden wie folgt geändert:

- In Abschnitt I Nr. 6 Abs. 2 erhält der 1. Spiegelstrich folgende Fassung:

- die Sockelbeträge bis zum Ende der kindergeldrechtlichen Berücksichtigung des Kindes/der Kinder gezahlt werden und daß, falls zu einem späteren Zeitpunkt die Zahlung eines höheren Kindergeldes beantragt wird, diesem Antrag rückwirkend längstens für die letzten 6 Monate vor Beginn des Monats, in dem er eingegangen ist, stattgegeben werden kann;

- In Abschnitt II wird der Nummer 2 folgender Absatz angefügt:

Verlangt ein Kindergeldberechtigter,

- daß eine in der Steuerfestsetzung einem der beiden Ehegatten zugeordnete Absetzung ganz oder teilweise dem anderen zugeordnet wird oder
- daß eine in der Steuerfestsetzung berücksichtigte Absetzung unter einem anderen rechtlichen Gesichtspunkt berücksichtigt wird oder
- daß - falls er keine Steuer zu entrichten hat - eine steuerrechtlich absetzbare Belastung berücksichtigt wird, die von ihm nicht in das Steuerverfahren eingeführt oder vom Finanzamt mangels steuerrechtlicher Erheblichkeit nicht näher geprüft worden sei,

so ist dem auch ohne förmliche Änderung des Steuerbescheides stattzugeben, wenn und soweit vom Finanzamt in einer besonderen Bescheinigung anerkannt worden ist, daß

- im Fall der Nummer 1 oder 2 die anderweitige Zuordnung/Berücksichtigung steuerrechtlich unbedenklich ist und die Steuerfestsetzung dadurch nicht berührt wird;

- im Fall der Nummer 3 die Belastung tatsächlich entstanden war und steuerrechtlich hätte berücksichtigt werden können.

Die Bearbeitung einschlägiger Fälle ist zurückzustellen, bis wir den - noch mit dem Bundesminister der Finanzen abzustimmenden - Bescheinigungs-Vordruck übersandt haben.

II.**Anlagen, Vordrucke**

- Die Anlage 1 (zu Nr. 8.24 des RdErl. 375/74) erhält für die Zeit ab 1. Januar 1989 die aus der Anlage zu diesem Rundschreiben ersichtliche Fassung.

Anlage

- Nummer 2 des Ergänzungsblattes 4****) wird vor der Unterschrift des Kindergeldbeziehers/Antragstellers um folgenden Satz ergänzt:

Mir ist bekannt, daß, falls ich zu einem späteren Zeitpunkt die Zahlung eines höheren Kindergeldes beantrage, diesem Antrag rückwirkend längstens für die letzten 6 Monate vor Beginn des Monats, in dem er eingegangen ist, stattgegeben werden kann (§ 9 Abs. 2 BKGG).

III.**Kindergeld für spanische und portugiesische
Arbeitnehmer mit Kindern im Heimatland**

Am 31. Dezember 1988 endet die Übergangszeit i.S. des Artikels 60 bzw. 220 der Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals zu den Europäischen Gemeinschaften. Ab Januar 1989 richtet sich der Anspruch spanischer und portugiesischer im Bundesgebiet beschäftigter Arbeitnehmer auf Kindergeld auch für ihre Kinder in Spanien bzw. Portugal nach den Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und Nr. 574/72 in Verbindung mit dem BKGG. Die Regelungen für die Übergangszeit i.S. des Artikels 60 bzw. 220 der genannten Akte gelten nur für Ansprüche bis Dezember 1988.

Im Einvernehmen mit dem Innenminister.

*) Nicht im MBl. NW. abgedruckt, siehe Hinweise zu meinen RdErl. v. 19. 3. 1987 (MBl. NW. S. 638), 7. 1. 1988 (MBl. NW. S. 139) u. 3. 10. 1988 (MBl. NW. S. 1457).

**) Siehe meinen RdErl. v. 23. 8. 1983 (MBl. NW. S. 1944).

***)) Siehe meinen RdErl. v. 22. 5. 1984 (MBl. NW. S. 705).

****)) Siehe meine RdErl. v. 20. 7. 1983 (MBl. NW. S. 1717) u. v. 1. 6. 1988 (MBl. NW. S. 1225).

Anlage
(zu Nr. 8.24 RdErl. 375/74)

**Devisen-Mittelkurse für die Deutsche Mark (DM)
in verschiedenen Ländern**

Stand: Ende September 1988

Land	Währungseinheit	Umrechnungskurse			
Albanien	Lek	100 Lek	= 25,000 DM	1 DM =	4,000 Lek
Algerien	Algerischer Dinar (DA)	100 DA	= 28,468 DM	1 DM =	3,513 DA
Australien	Australischer Dollar (\$A)	100 \$A	= 147,135 DM	1 DM =	0,879 \$A
Belgien	Belgischer Franc (bfr)	100 bfr	= 4,772 DM	1 DM =	20,956 bfr
Bulgarien	Lew (Lw)	100 Lw	= 109,266 DM	1 DM =	0,915 Lw
Dänemark	Dänische Krone (dkr)	100 dkr	= 28,060 DM	1 DM =	3,837 dkr
Finnland	Finnmark (Fmk)	100 Fmk	= 42,420 DM	1 DM =	2,357 Fmk
Frankreich	Französischer Franc (FF)	100 FF	= 29,390 DM	1 DM =	3,402 FF
Gibraltar	Gibraltar-Pfund (Gib£)	100 Gib£	= 316,650 DM	1 DM =	0,316 Gib£
Griechenland	Drachme (Dr.)	100 Dr.	= 1,234 DM	1 DM =	81,022 Dr.
Großbritannien und Nordirland	Pfund Sterling (£)	100 £	= 316,800 DM	1 DM =	0,316 £
Irland	Irisches Pfund (Ir£)	100 Ir£	= 268,000 DM	1 DM =	0,373 Ir£
Island	Isländische Krone (ikr)	100 ikr	= 3,901 DM	1 DM =	25,637 ikr
Israel	Neuer Schekel (NIS)	100 NIS	= 114,358 DM	1 DM =	0,874 NIS
Italien	Italienische Lira (Lit)	100 Lit	= 0,134 DM	1 DM =	746,269 Lit
Japan	Yen (¥)	100 ¥	= 1,396 DM	1 DM =	71,633 ¥
Jordanien	Jordan-Dinar (JD.)	100 JD.	= 497,512 DM	1 DM =	0,201 JD.
Jugoslawien	Jugoslawischer Dinar (Din.)	100 Din.	= 0,056 DM	1 DM =	1791,617 Din.
Kanada	Kanadischer Dollar (kan\$)	100 kan\$	= 154,600 DM	1 DM =	0,647 kan\$
Luxemburg	Luxemburgischer Franc (lfr)	100 lfr	= 4,772 DM	1 DM =	20,956 lfr
Malta	Maltesische Lira (Lm)	100 Lm	= 542,700 DM	1 DM =	0,184 Lm
Marokko	Dirham (DH)	100 DH	= 22,022 DM	1 DM =	4,541 DH
Niederlande	Holländischer Gulden (hfl)	100 hfl	= 88,710 DM	1 DM =	1,127 hfl
Norwegen	Norwegische Krone (nkr)	100 nkr	= 27,170 DM	1 DM =	3,681 nkr
Österreich	Schilling (S)	100 S	= 14,215 DM	1 DM =	7,035 S
Polen	Zloty (Zl)	100 Zl	= 0,389 DM	1 DM =	256,680 Zl
Portugal	Escudo (Esc)	100 Esc	= 1,214 DM	1 DM =	82,372 Esc
Rumänien	Leu (l)	100 l	= 20,907 DM	1 DM =	4,783 l
Schweden	Schwedische Krone (skr)	100 skr	= 29,200 DM	1 DM =	3,425 skr
Schweiz	Schweizer Franken (sfr)	100 sfr	= 118,210 DM	1 DM =	0,846 sfr
Sowjetunion	Rubel (Rbl)	100 Rbl	= 298,063 DM	1 DM =	0,335 Rbl
Spanien	Peseta (Pta)	100 Pta	= 1,514 DM	1 DM =	66,050 Pta
Syrien	Syrisches Pfund (syre)	100 syre	= 8,869 DM	1 DM =	11,275 syre
Tschechoslowakei	Tschechoslow. Krone (Kčs)	100 Kčs	= 19,503 DM	1 DM =	5,127 Kčs
Türkei	Türkisches Pfund (TL)	100 TL	= 0,114 DM	1 DM =	876,790 TL
Tunesien	Tunesischer Dinar (tD)	100 tD	= 206,326 DM	1 DM =	0,485 tD
Ungarn	Forint (Ft)	100 Ft	= 3,463 DM	1 DM =	28,873 Ft
Vereinigte Staaten	US-Dollar (US-\$)	100 US-\$	= 187,980 DM	1 DM =	0,532 US-\$

Anmerkung:

100 Mark der DDR = 100 Deutsche Mark

**Kassenzahnärztliche Vereinigung
Westfalen-Lippe**
**Änderungen der Satzung
der Kassenzahnärztlichen Vereinigung
Westfalen-Lippe**

Die Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe hat in ihrer Sitzung am 28. Januar 1989 folgende Änderungen der Satzung beschlossen:

1. § 12 der Satzung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe wird geändert.
§ 12 Abs. 2 der Satzung der KZVWL entfällt.
2. § 16 der Satzung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe wird geändert.
 - a) Die bisherigen Absätze 1 und 2 werden in der bisherigen Form gestrichen.

b) § 16 Abs. 1 erhält folgende Neufassung:

Der Vorstand besteht aus 7 Zahnärzten, die die Vertreterversammlung in unmittelbarer und geheimer Wahl einzeln wählt.

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2.

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen hat diese Änderungen der Satzung durch Erlass vom 28. Januar 1989 genehmigt.

Die Satzungsänderungen vom 28. Januar 1989 (10. Nachtrag zur Satzung vom 30. März 1974) werden hiermit veröffentlicht.

Münster, den 30. Januar 1989

Dr. Carl-Theodor Plöger

Vorsitzender des Vorstandes

ZA. Hans-Hermann Wiemann

Vorsitzender der Vertreterversammlung

– MBl. NW. 1989 S. 122.

Hinweise
Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 58 v. 30. 12. 1988

(Einzelpreis dieser Nummer 1,85 DM zuzügl. Portokosten)

Glied-Nr.	Datum		Seite
1113	13. 12. 1988	Verordnung über die Wahlorgane für die Bundestagswahlen und die Europawahlen	536
20302	5. 12. 1988	Verordnung über die Arbeitszeit der Beamten des feuerwehrtechnischen Dienstes in den Feuerwehren der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Nordrhein-Westfalen (AZVOFeu)	536
820	29. 12. 1988	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Sozialgesetzbuch.	536
822	3. 10. 1988	Neunter Nachtrag zur Satzung des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes	537

– MBl. NW. 1989 S. 122.

Nr. 1 v. 5. 1. 1989

(Einzelpreis dieser Nummer 5,55 DM zuzügl. Portokosten)

Glied-Nr.	Datum		Seite
20301	15. 12. 1988	Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung über die Laufbahnen der Beamten im Lande Nordrhein-Westfalen (Laufbahnverordnung – LVO).	1

– MBl. NW. 1989 S. 122.

Nr. 2 v. 27. 1. 1989

(Einzelpreis dieser Nummer 3,70 DM zuzügl. Portokosten)

Glied-Nr.	Datum		Seite
1112	29. 12. 1988	Dritte Verordnung zur Änderung der Kommunalwahlordnung	24
		Hinweis für die Bezieher des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	23

– MBl. NW. 1989 S. 122.

Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Nr. 12 v. 15. 12. 1988

Teil I – Kultusminister

Amtlicher Teil

Vertretungsunterricht; Änderung. RdErl. d. Kultusministers v. 7. 11. 1988	534	Empfehlungsverzeichnisse für Kinder- und Jugendliteratur	538
Berücksichtigung der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge im Rahmen der Friedenserziehung im Unterricht. RdErl. d. Kultusministers v. 7. 11. 1988	534	Kinderzeitschrift SAMSolidAM der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt	538
Studienkurse des Verkehrs-Instituts Bielefeld für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Verkehrserziehungsbeamte der Polizei im Jahre 1989. RdErl. d. Kultusministers v. 28. 10. 1988	534	mini-Meisterschaften des Deutschen Tischtennis-Bundes	538
Hauptvertrauensleute beim Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Bek. d. Kultusministers v. 21. 11. 1988	536	2000-Jahr-Feier der Stadt Bonn	538
		Inhaltsverzeichnis des Gemeinsamen Amtsblattes – Teil II-Minister für Wissenschaft und Forschung – vom 15. Dezember 1988	539
		Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgabe vom 31. Oktober 1988	539
		Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgabe vom 31. Oktober 1988	539
Nichtamtlicher Teil		Anzeigen	
Stellenausschreibungen im Geschäftsbereich des Kultusministers	536	Kostenpflichtige Stellen- und Werbeanzeigen	540
Aufsatzwettbewerb zum Thema Recht	537		
Studienbrief zum Thema „Retortenbaby“	537		

Teil II – Minister für Wissenschaft und Forschung

Amtlicher Teil

Satzung zur Änderung der Grundordnung der Universität – Gesamthochschule – Essen vom 17. Oktober 1988	554	Prüfungsordnung für den Aufbaustudiengang Architektur an der Kunstakademie Düsseldorf vom 1. September 1988	590
Grundordnung der Fachhochschule Bielefeld vom 11. November 1988	554	Prüfungsordnung für den Zusatzstudiengang Fremdsprachen für Natur- und Ingenieurwissenschaftler an der Universität – Gesamthochschule – Duisburg mit den Fremdsprachen Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch vom 10. Oktober 1988	592
Grundordnung (GrO) für die Fachhochschule Bochum vom 28. Oktober 1988	563	Prüfungsordnung für den Zusatzstudiengang Fremdsprachen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler an der Universität – Gesamthochschule – Duisburg mit den Fremdsprachen Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch vom 10. Oktober 1988	595
Grundordnung für die Fachhochschule Dortmund vom 15. November 1988	570		
Grundordnung für die Fachhochschule Köln vom 2. November 1988	576	Nichtamtlicher Teil	
Einstufungsprüfungsordnung der Universität – Gesamthochschule – Siegen vom 26. Oktober 1988	583	Inhaltsverzeichnis des Gemeinsamen Amtsblattes – Teil I-Kultusminister – vom 15. Dezember 1988	598
Satzung zur Änderung der Diplomprüfungsordnung für den integrierten Studiengang Informatik an der Universität – Gesamthochschule – Paderborn vom 7. November 1988	585	Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 27. Oktober bis 22. November 1988	598
Satzung zur Änderung der Diplomprüfungsordnung für den integrierten Studiengang Mathematik/Wirtschaftsmathematik an der Universität – Gesamthochschule – Siegen vom 9. November 1988	586	Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 28. Oktober bis 28. November 1988	599
Diplomprüfungsordnung (DPO) für die Studiengänge Maschinenbau und Werkstofftechnik in der Fachrichtung Ingenieurwesen an der Fachhochschule Dortmund vom 27. Oktober 1988	586		

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 1 v. 1. I. 1989

(Einzelpreis dieser Nummer 3,- DM zuzügl. Portokosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen		Verwaltungsanordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Einrichtung selbständiger Justizvollzugsämter	7
Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen; hier: Veröffentlichung von Entscheidungen	2	Strafvollzugsgesetz und bundeseinheitliche Verwaltungsvorschriften zum Strafvollzugsgesetz	8
Bestimmungen über die Aufbewahrungsfristen für das Schriftgut der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Staatsanwaltschaften und der Justizvollzugsbehörden	2	Bundeseinheitliche Verwaltungsvorschriften zum Jugendstrafvollzug	8
Verwaltungsverordnung zur Ausführung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen	5	Bekanntmachungen	9
Zustellungen an Gefangene	6	Personalnachrichten	10
		Ausschreibungen	12

– MBl. NW. 1989 S. 124.

Einzelpreis dieser Nummer 4,40 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für
Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 88 88/238 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 88 88/241, 4000 Düsseldorf 1

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach
ISSN 0177-3589